

# Potsdams] *andere* [Seiten

Die Linke ◀ Monatszeitung für die Landeshauptstadt

November 2019

Nr.11 · 15. Jahrgang

## Mitgliederversammlung wählt neuen Vorstand Martina Trauth und Roland Gehrman bilden neue Doppelspitze

Eine neue gesellschaftliche Grundstimmung habe sich u. a. auch in den jüngsten Wahlergebnissen widergespiegelt, das erklärte der scheidende Kreisvorsitzende Stefan Wollenberg in seiner „Abschiedsrede“ am 19. Oktober 2019 auf der Gesamtmitgliederversammlung in der Leonardo-da-Vinci-Schule. „Abschied“ daher, weil Kati Biesecke und er nicht mehr als Kreisvorsitzende kandidierten. Stefan Wollenberg möchte sich auf seine Funktion als Vorsitzender der Stadtfraktion und als Landesgeschäftsführer der Partei konzentrieren. Kati Biesecke trat nicht mehr an, da sie sich auf ihr Studium konzentrieren möchte und nicht garantieren könne, ob ihr Lebensmittelpunkt in Zukunft noch in Potsdam liegen werde. Beiden Genossen wie auch unserer Ministerin a. D. Anita Tack sowie dem aus familiären Gründen abwesenden Dr. Hans-Jürgen Scharfberg wurde für ihr Wirken herzlich gedankt.

Nach den zwei vergangenen Jahren, mit vier intensiven Wahlkämpfen, steht nun eine Neuausrichtung der LINKEN an. Seit der Bundestagswahl und dem Oberbürgermeister\*innenwahlkampf 2018, bei dem DIE LINKE beinahe das Rathaus erobern konnten, ist viel passiert. Die Ergebnisse der Kommunal-, Europa- und Landtagswahlen haben die Partei mit einer stark veränderten politischen Situation konfrontiert. Bei den Parlamentswahlen 2019 musste DIE LINKE deutliche Verluste einstecken.



*Herzlich verabschiedet: Stefan Wollenberg und Kati Biesecke sind nicht mehr im Kreisvorstand. Und unsere Ministerin a. D. Anita Tack genießt den Ruhestand. .*

Dennoch ist DIE LINKE wichtige Impulsgeberin für soziale Veränderungen in Potsdam und Brandenburg. In der Potsdamer Stadtverordnetenversammlung konnte nach der Kommunalwahl erstmals seit 1990 eine Zusammenarbeit zwischen SPD, Grünen und LINKEN aufgenommen werden. Der intensiv verhandelten Kooperationsvereinbarung stimmten in einem Mitgliederentscheid 91 Prozent zu. Die nun anstehende Legislatur des Kreisvorstandes wird geplant 2021 mit den Bundestagswahlen enden. Bis dahin muss die Zeit genutzt werden, um DIE LINKE inhaltlich und organisatorisch neu aufzustellen. Als erster Schritt

wurden auf der Gesamtmitgliederversammlung alle wichtigen Gremien der Partei neu besetzt. Allem voran wurde der neue, zwölfköpfige Kreisvorstand gewählt. Demnach bilden Martina Trauth und Roland Gehrman die neue Doppelspitze in Potsdam. Stellvertretende Kreisvorsitzende sind Marlen Block und Peter Mundt. Als Kreisschatzmeisterin wurde Petra Pannicke bestätigt. Neuer Kreisgeschäftsführer ist Norbert Wilke. Die weiteren Mitglieder im Kreisvorstand sind Sophie Sumburane, Tina Lange, Johannes Glander, Dietmar Glapski, Klaus-Uwe Gunold sowie Oliver Treffer. (Siehe auch Seite 3)

### Nach Redaktionsschluss:

## DIE LINKE holt die meisten Stimmen in Thüringen

„Wir wollen ein Thüringen, in dem der soziale Zusammenhalt stark ist, in dem es gerecht zugeht, in dem sich die Menschen sicher fühlen. Das ist unser Kompass und so hat die Regierung von Bodo Ramelow dieses Land regiert. Das wollen wir auch zukünftig tun, zum Nutzen aller Menschen. Eine von Bodo Ramelow geführte Regierung stellt sicher, dass die Politik in Thüringen weiterhin von einem solidarischen

Miteinander und von Sicherheit geprägt sein wird“, so stand es zum Redaktionsschluss dieser Zeitung im Internet. Und wir wollen dann am Montag nach der Thüringen-Wahl nur noch kurz hinzufügen: Herzlichen Glückwunsch an Bodo Ramelow und DIE LINKE in Thüringen! Thüringen hat gewählt und DIE LINKE hat Grund zu feiern. Traurigerweise hat aber auch die AfD ihre Stimmen verdoppeln kön-

nen. Weniger erfreut dürften CDU, SPD und Grüne über das Wahlergebnis sein. Nach dem Urnengang steht nun vor allem eine Frage im Raum: Mit wem zusammen soll DIE LINKE regieren? Bodo Ramelow hat betont: Wir werden mit allen demokratischen Parteien Gespräche führen.

## In dieser Ausgabe

**2** LINKS in aller Welt  
Krieg in Syrien/Sozial- und Wachstumspaket für Europa/Schutz unserer Demokratie

**3** LINKS berichtet  
Der neue Vorstand – aus den Reden von Roland Gehrman und Martina Trauth/Gesprächsrunde im Haus der Natur/Bürgerhaushalt 2010/21

**4** LINKS im Kalender  
Potsdamer Sozialdemokraten beauftragten Karl Liebknecht/Kalenderblätter des Monats

**5** LINKS im Rathaus  
Wechsel in Geschäftsführung der Fraktion/Laternen zu Ladesäulen/Radwegekonzept/Lohn-gleitklausel/Terrassennuttheschlange

**6** LINKS DIREKT  
Solidarität mit Opfern von Halle/Potsdam „Sicherer Hafen“/„Kenia“ plant Verschuldung/Ge-gen Lebensmittelverschwendung/Hausbesetzung in Potsdam/Strassenamen in Potsdams Mitte

**8** DIE LETZTE SEITE  
Abschiedsdank von Anita Tack/Rezension „Welt-Trends“/Sandmännchens Geburtstag/AG Senioren lädt ein

## Informationen der Redaktion

Die Dezemberausgabe von „Potsdams andere Seiten“ erscheint am 3. Dezember. Redaktionsschluss ist am 22. November 2019. Die Redaktion

## Schutz unserer Demokratie - so nicht!



Das Europäische Parlament hat über eine Resolution zur Einmischung des Auslands in Wahlen und zur Desinformation in demokratische Prozesse abgestimmt. Helmut Scholz, verfassungs-

politischer Sprecher der Delegation, kommentiert die Abstimmung: „Wir müssen das demokratische Funktionieren unseres Rechtsstaats vor äußeren Einflüssen und Desinformationskampagnen schützen, sonst wird das gesellschaftliche Zusammenleben untergraben. Daran ist nicht zu rütteln. Die heutige Resolution des EPs wird jedoch gerade diesen Schutz in keiner Weise verbessern. Mit ihr wird eher das demokratische Verständnis instrumentalisiert. Auch im auswärtigen Handeln der EU gegenüber Drittstaaten.“

„Nicht nur die gegenseitigen Vorwürfe von Einmischungen in Wahlen, sondern auch der Brexit und die Skandale um Cambridge Analytica und Facebook zei-

gen deutlich, dass Demokratie bedroht ist. Der Einfluss der sozialen Medien auf die Politik wächst täglich. Durch fehlende Regeln werden leider immer öfter Lügen gestreut, Panik gemacht, Menschen manipuliert. Die zunehmende rechtsextreme Gewalt zeigt, wozu diese Manipulation im schlimmsten Fall führen kann. Wir müssen ein Gleichgewicht finden zwischen der Meinungsfreiheit in den sozialen Medien und dem Schutz unserer Demokratie. Das lässt die heutige Entschließung aus.“

„Wir brauchen reale Lösungen für die Stärkung von Demokratie und die Ablehnung jeglicher Versuche ihrer Aushöhlung. Deshalb haben wir diese Resolution einstimmig abgelehnt.“

## Sozial- und Wachstumspaket, statt Spar- und Kürzungspolitik

Die Anhörung des designierten Wirtschaftskommissars Paolo Gentiloni im EP-Wirtschafts- und Währungsausschuss (ECON) Anfang Oktober 2019, kommentierte Dr. Martin Schirdewan, Co-Fraktionsvorsitzender der EP-Linksfraktion GUE/NGL und finanzpolitischer Sprecher der LINKEN im Europaparlament:

„Gentiloni bleibt bewusst unpräzise und hinterlässt auf diese Weise den Eindruck, den kommenden Herausforderungen nicht gewachsen zu sein. So hat er mit Blick auf den ökonomisch unsinnigen Stabilitäts- und Wachstumspakt mehr Flexibilität versprochen ohne dabei besonders konkret zu werden. Offenkundig mit dem Ziel, die fiskalpolitischen Hardliner\*innen und Anbet\*innen der schwarzen Null nicht zu verprellen. Ein bisschen mehr Flexibilität

ist allerdings unzureichend um dem nahenden Wirtschaftsabschwung zu begegnen. Der Werkzeugkasten der wirtschaftspolitischen Koordinierung ist komplett ungeeignet für die Eurozone und muss durch einen Sozial- und Wachstumspakt, der ökologisch nachhaltige Investitionen in die digitale Zukunft fördert, ersetzt werden.“

Zum Thema Steuerpolitik sagt Schirdewan weiter: „Ich begrüße ausdrücklich seine Ankündigung, in Steuerfragen das Parlament stärker einzubeziehen sowie im Rat das qualifizierte Mehrheitsverfahren verstärkt zur Anwendung zu bringen. Bei der Bekämpfung von Steuervermeidung und -betrug muss er jedoch ambitionierter werden. Eine schwarze Liste auch innerhalb der EU ist längst überfällig um die europäischen

Steueroasen endlich schließen zu können.“ „Der von Gentiloni zu Beginn der Anhörung angekündigte Kurs 'Ambition, Ehrgeiz und ein Programm, das von allen mitgetragen wird', scheint mir nach dieser Anhörung eher ein Wunschtraum zu sein“, so Schirdewan abschließend.



## Rojava statt Krieg

Nach dem Abzug der US Streitkräfte aus Rojava, der Demokratischen Föderation Nord- und Ostsyriens und dem Beginn der völkerrechtswidrigen Angriffe durch die türkische Armee gegen die kurdischen Selbstverteidigungskräfte (YPG), ruft DIE LINKE und ein bundesweites Bündnis zu Solidaritätsdemonstrationen auf. In Potsdam fand die erste Demonstration am 10.10.2019 auf dem Luisenplatz statt. Wir rufen alle Genossinnen und Genossen auf, sich an den Aktionen zu beteiligen und den Menschen in Rojava beizustehen. Unsere Solidarität gilt dem Versuch eines friedlichen und würdevollen Zusammenlebens in Rojava, bei allen Problemen und Widersprüchen. Wir werden Erdogans Offensive mit Protesten und Solidaritätskundgebungen beantworten.

Medico International hat eine Online-Petition unter dem Namen: „Rojava

statt Krieg“ gestartet: <https://www.medico.de/kampagnen/rojava-statt-krieg/>

Sevim Dagdelen hat dazu erklärt: „Erdogans geplanter Angriffskrieg an der Seite islamistischer Söldnerbanden ist nicht nur ein Bruch des Völkerrechts, mit der Vertreibung der kurdischen Verteidigungskräfte wächst auch die Gefahr, dass inhaftierte IS-Terroristen freikommen. Das ist eine eklatante Gefahr für die Region, aber auch für ganz Europa. DIE LINKE fordert den Abzug der deutschen Soldaten aus dem türkischen Konya und den sofortigen Stopp der Datenweitergabe aus den 'Tornado'-Aufklärungseinsätzen an das türkische Militär. Die Bundeswehr darf den völkerrechtswidrigen Angriffskrieg des türkischen Despoten und die geplante Vertreibung Hunderttausender Menschen im Norden Syriens in keiner Weise unterstützen.“

Bernd Rixinger fordert die Bundesregierung auf: „Die Bundeswehr muss die Zusammenarbeit mit der Türkei umgehend einstellen. Wenn weitere Aufklärungsbilder an die türkische Armee geliefert werden, dann ist das nicht weniger als Beihilfe zur Vorbereitung eines Angriffskrieges. Verteidigungsministerin Annegret Kramp-Karrenbauer ist da auch persönlich verantwortlich. Ohnehin wäre ein Abzug der Bundeswehr aus dem Nahen Osten überfällig. Der Aufenthalt der Bundeswehr in der Konfliktregion ist weiterhin unverantwortlich und geschichtsvergessen. Es bedürfte keines weiteren aktuellen Grundes, den Abzug der Bundeswehr zu fordern. Die aktuellen Kriegsdrohungen der Türkei gegen die kurdischen Verbündeten und das demokratische Projekt Rojava verschärfen jedoch die Dringlichkeit.“

### IMPRESSUM

„Potsdams andere Seiten“  
Die Linke Monatszeitung für die Landeshauptstadt.  
HERAUSGEBER: Kreisvorstand DIE LINKE.  
Potsdam; Martina Trauth, Roland Gehrman, Vorsitzende. Zeppelinstraße 7, 14471 Potsdam.  
REDAKTION: Bernd Martin (V.i.S.d.P); H. Jo. Eggstein, Layout; Renate Frenz, Redaktionssekretariat; Tel.: 0331/ 20 01 89-70; Fax: -71; email: pas.redaktion@gmx.net;  
ANZEIGEN: Sekretariat.  
BANKVERBINDUNG: Mittelbrandenburgische Sparkasse, Kto-Nr. 3508020699; BLZ: 160 500 00  
„PaS“ erscheint monatlich für 12.000 Leserinnen. Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit schriftlicher Genehmigung der Redaktion. Veröffentlichungen, die nicht ausdrücklich als Stellungnahme des Kreisvorstandes und/oder der Redaktion gekennzeichnet sind, stellen die persönliche Meinung des/der AutorIn dar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte bzw. Fotos kann keine Haftung übernommen werden. Für die Veröffentlichung von Leserpost behält sich die Redaktion das Recht sinnwahrer Kürzungen vor.  
DRUCK: Nordkurier Druck GmbH & Co. KG

## Auszüge aus den Reden des neuen Vorstands

Martina Trauth und Roland Gehrman über bessere Kommunikation und Friedenspolitik



**Martina Trauth:** Ich möchte diese Partei mit umgestalten, sie modern und attraktiv machen für junge Menschen und besonders auch für Frauen, gemeinsam mit den älteren Genossen und Genossinnen und auch für Menschen mit Zuwanderungsgeschichte.

Wir brauchen eine ökologische Wende! Energie muss bezahlbar bleiben. Es stellt sich hier immer dringender die Frage nach der sozialen Gerechtigkeit, wenn bereits heute mehr als 17 Prozent der privaten Haushalte durch Energiekosten stark belastet sind.

### Friedenspolitik

Ich bin davon überzeugt, dass Antikapitalismus und ein Streben nach einem demokratischen Sozialismus, wie immer dieser auch aussehen mag, in einer globalen industrialisierten Welt die richtigen Ziele sind. Dieses ist für

mich, neben der Friedenspolitik, der Markenkern der LINKEN. Deshalb bin ich in diese Partei eingetreten und dafür will ich kämpfen.

Dieser Kreisvorstand will die Partei moderner machen, er will sie zu einem Ort des Gesprächs, auch der kontroversen Diskussion, machen und zu einem Ort, zu einer Gemeinschaft, in der wir uns im besten Sinne als Genossinnen und Genossen empfinden.

Dieser Kreisvorstand will der Partei eine bedeutsame und beachtete Stimme in der Öffentlichkeit Potsdams geben und DIE LINKE wieder erfolgreich machen!

**Roland Gehrman:** Seit 1990 haben uns bei Wahlen noch nie so wenige Bürger\*innen ihre Stimme anvertraut. Die hohen Verluste haben Folgen, denen wir uns dringend stellen müssen. Nach

fünf Wahlen in zwei Jahren ist eine inhaltliche und organisatorische Neuaufstellung zwingend erforderlich.

So bedarf es besser abgestimmter Kommunikation zwischen jüngeren und älteren Genoss\*innen. Bei der LINKEN mitmachen zu können, darf nicht davon abhängig sein, ob jemand das Internet nutzen kann oder eben auch nicht! Und deshalb müssen wir unsere Organisationsstrukturen modernisieren!

Dies betrifft auch die Geschäftsstelle in der Zeppelinstraße, die wir grundlegend umgestalten wollen. Dies betrifft auch "Potsdams andere Seiten", unsere monatliche Zeitung, und unser Infoblatt. An unseren Kommunikationsstrukturen hat der alte Kreisvorstand intensiv gearbeitet. Hier müssen wir weiter dran bleiben und auch mal experimentierfreudig werden.

## Alte Probleme, neue Gesichter: worauf können wir hoffen?

Kandidat\*innen für den neuen Kreisvorstand stellten sich vor/Gesprächsrunde im „Haus der Natur“

Eigentlich wäre es eine gute Idee, wenn es vor der Wahlversammlung eine Gesprächsrunde gäbe, die den bisher bekannten Bewerber\*innen für den neuen Kreisvorstand die Gelegenheit böte, Person und Programm vorzustellen und darüber in einen Austausch über die Aufgaben zu treten, die unser Kreisverband in den nächsten zwei Jahren bewältigen muss. Zuweilen organisieren Presseorgane solche Runden. Oder amtierende Vorstände bieten den Service für ihre Nachfolger\*innen an. Geschah aber in Potsdam nicht. So ergriffen Anfang Oktober die Ortsvorstände von Mitte-Nord, Babelsberg-Zentrum Ost und Westliche Ortsteile die Initiative und luden zu einer Gesprächsrunde am 8. Oktober 2019 ins Haus der Natur ein.

Zwei Fragen wurden den Kandidat\*innen vorgelegt: Was sind die dringlichsten Aufgaben, vor denen der Kreisverband steht? Was muss der neue Kreisvorstand tun, um die Aufgaben zu

bewältigen, und welchen Beitrag kannst Du leisten? Die Diskussion förderte dann Erstaunliches und zugleich Hoffnungsvolles zu Tage. Seit längerem sichtbare Probleme, bisher als Themen im Kreisvorstand verdrängt oder verbannt, wurden benannt: Mitgliederermobilisierung und -gewinnung; die Rolle des Kreisvorstand als politisches Zentrum, das Aktivitäten von Ortsverbänden, Arbeitsgruppen und Stadtfraktion strategisch plant und koordiniert, um auf verschiedenen Wegen in die Stadtgesellschaft zu wirken; eine klare Aufgabenverteilung unter den Mitgliedern des Vorstandes, die sich aus der strategischen Planung ergibt. Von einigen Bewerber\*innen kamen sehr konkrete Vorstellungen über das Ausgestalten eines Arbeitsfeldes, so z. B. in den Ressorts Pressearbeit oder Wohnen. Kurzum: Die Kandidat\*innen, die für den neuen Vorstand antreten wollen, vermochten den Eindruck zu vermitteln,

nach zwei Jahren, in denen der Kreisverband „von der Substanz gezehrt und auf Sicht gefahren wurde“ (Originalität eines maßgeblichen Genossen), mit Ernsthaftigkeit einen Neustart zu versuchen - mit neuen Sichtweisen auf altbekannte Probleme, mit neuer Energie, das Versäumte der letzten Jahre nachzuholen. Die Erwartungen an die neue Mannschaft ist hoch. Wirken wir daran mit, dass die guten Vorsätze nicht in den Alltagsmühen der Umsetzung zerrieben werden.

PS: Bedauerlich fanden die Organisatoren, dass die Gesprächsrunde von der Alterskohorte unter 50 gemieden und von den Vorständen der mitgliederstarken Ortsverbände ignoriert wurde. Deshalb doppelt Dank an die AG Senioren und die BO um Heinz Wilczek, die halfen, die Stuhlreihen zu füllen. Auf die alte Garde ist eben Verlass!

rbb (ROTTER BASIS BERICHT)

## Bürgerhaushalt 2020/21 jetzt in der entscheidenden Phase

Vom 30. September bis 6. Dezember 2019 können alle Potsdamerinnen und Potsdamer an der Online-Vorschlagsvotierung des Bürgerhaushalts 2020/21 teilnehmen. Daneben kann auf dem Postweg abgestimmt werden.

Mit dieser Abstimmung sollen die wichtigsten Vorschläge der Potsdamerinnen und Potsdamer für den Stadthaushalt 2020/21 ermittelt werden. Zur Auswahl stehen dabei 40 Bürgerideen, von denen die Hälfte in die „TOP 20 – Liste“ aufgenommen werden kann.

Alle Bürgerinnen und Bürger, die mindestens 14 Jahre alt und haupt- oder nebenwohnsitzlich in Potsdam gemeldet sind, können an der Abstimmung teilnehmen. Pro Person dürfen maximal fünf Punkte pro Kategorie vergeben werden. Mehrfache Abstimmungen pro Person sind nicht zulässig.

Die insgesamt 40 Bürgervorschläge wurden mit Stellungnahmen der Landeshauptstadt Potsdam versehen. Diese geben weitere Informationen für die Auswahl Ihrer Favoriten. Jeder Vorschlag wurde dem jeweils zuständigen Fachbereich der Verwaltung vorgelegt. Die dort entstandenen Einschätzungen zur Realisierung, den damit verbundenen Kosten sowie den möglichen Umsetzungszeitraum finden Sie im Anschluss an die jeweilige Anregung. Letztmalig können alle, die bis zum 6. Dezember 2019 noch nicht mitgemacht haben, bei der Abschlussveranstaltung am 13. Dezember 2019 abstimmen. Daneben können Interessierte vor Ort mit Mitgliedern der Stadtverordnetenversammlung und Vertretern der Verwaltung ins Gespräch kommen. Am Ende der Abschlussveranstaltung wird auch das Ergebnis und damit die "TOP 20 - Liste" des Potsdamer Bürgerhaushalts 2020/21 bekannt gegeben. [buergerbeteiligung-potsdam.de](http://buergerbeteiligung-potsdam.de)



Am 04. November 1914 fordern die Potsdamer Sozialdemokraten den Reichstagsabgeordneten Karl Liebknecht auf, am 02. Dezember 1914 im Deutschen Reichstag gegen die Kriegskredite zu stimmen. Die Konsequenz: Alle Sozialdemokraten im Reichstag votieren am 2. Dezember für die Kriegskredite. Nur eine Stimme ist dagegen: Karl Liebknecht. Liebknecht hat zur Begründung seiner verneinenden Abstimmung in der Reichstagsitzung dem Reichstagspräsidenten zur Aufnahme in den stenographischen Bericht ein Schreiben überreicht, in dem es u. a. heißt: „Dieser Krieg, den keines der beteiligten Völker selbst gewollt hat, ist nicht für die Wohlfahrt des deutschen oder eines anderen Volkes entbrannt. Es handelt sich um einen imperialistischen Krieg, einen Krieg um die kapitalistische Beherrschung des

Weltmarktes, um die politische Beherrschung wichtiger Siedlungsgebiete für das Industrie- und Bankkapital. Es handelt sich vom Gesichtspunkt des Wettstreits um einen von der deutschen und österreichischen Kriegspartei gemeinsam im Dunkel des Halbabsolutismus und der Geheimplomatie hervorgerufenen Präventivkrieg. Es handelt sich um ein bonapartistisches Unternehmen zur Demoralisierung und Zertrümmerung der anschwel-



lenden Arbeiterbewegung. ... Die deutsche Parole „Gegen den Zarismus“ diente - ähnlich der jetzigen englischen und französischen Parole „Gegen den Militarismus“ - dem Zweck, die edelsten Instinkte, die revolutionären Überlieferungen und Hoffnungen des Volkes für den Völkerhaß zu mobilisieren. Deutschland, der Mitschuldige des Zarismus, das Muster politischer Rückständigkeit bis zum heutigen Tage, hat keinen Beruf zum Völkerbefreier. Die Befreiung des rus-

sischen wie des deutschen Volkes muß deren eigenes Werk sein. Der Krieg ist kein deutscher Verteidigungskrieg. Sein geschichtlicher Charakter und bisheriger Verlauf verbieten, einer kapitalistischen Regierung zu vertrauen, daß der Zweck, für den sie die Kräfte fordert, die Verteidigung des Vaterlandes ist. Ein schleuniger, für keinen Teil demütigender Friede, ein Friede ohne Eroberungen, ist zu fordern; alle Bemühungen dafür sind zu begrüßen. Nur ein auf dem Boden der internationalen Solidarität der Arbeiterklasse und der Freiheit aller Völker erwachsener Friede kann ein gesicherter sein. So gilt es für das Proletariat aller Länder, auch heute im Kriege gemeinsame sozialistische Arbeit für den Frieden zu leisten... Berlin, den 2. Dezember 1914. (gez.) Karl Liebknecht“

## KALENDERBLÄTTER NOVEMBER

### 1629

#### Stadtgelder geklaut

Tebes Becker, Potsdamer Stadtknecht, und Hanns Gutschmidt, Fischer aus Potsdam, brechen am 11. November mit einem Nachschlüssel in's Rathaus ein und stehlen Geld. Becker aber hätte als Stadtknecht Alarm schlagen müssen. Da er dieses unterlassen hatte, machte er sich verdächtig und gestand unter der Folter das Verbrechen. Becker und Gutschmidt wurden öffentlich gehenkt

### 1724

#### Erster Bau des Militärwaisenhauses fertig

Der erste Bau (Fachwerk) des Militärwaisenhauses wird am 1. November seiner Bestimmung übergeben. 179 Knaben ziehen ein.

### 1909

#### Kaiserbahnhof übergeben

Der Kaiserbahnhof Wildpark wird am 1. November seiner Bestimmung übergeben.

### 1934

#### „Edelkommunist“ verurteilt

Der Potsdamer Reinhold Wallbaum

(25) wird am 15. November vom Potsdamer Schöffengericht zu drei Monaten Gefängnis verurteilt. Er hatte sich Mitte August 1934 in einer Gaststätte als „Edelkommunist“ bezeichnet. Das Gericht sah als erschwerend an, dass Wallbaum „...durch den Führer...“ (PT, 15. 11. 1934) eine Arbeit erhalten habe, bei der er einen Wochenverdienst von 40,- RM erhalte. Das Gericht sieht in der Äußerung einen Beweis für die Existenz und die illegale Arbeit der KPD.

### 1944

#### Richard Kuckuck verurteilt

Der Kommunist Richard Kuckuck wird am 21. November vom Potsdamer Kammergericht wegen „Beihilfe zum Hochverrat und Feindbegünstigung“ zu drei Jahren Zuchthaus und Ehrverlust verurteilt. Während seiner Tätigkeit in der Babelsberger Rüstungsfirma Friesicke & Höpfner (Flugfunktechnik) kam er mit Deutschen sowie Zwangs- und Fremdarbeitern in Kontakt, die aktiven Widerstand leisteten – Druck von Argumentationsmaterial, Herstellung von falschen Pässen...

### 1949

#### Aufbauleistungen in Potsdam

In Potsdam werden per 30. November folgende Ergebnisse in der Solidaritätsaktion „Wir bauen auf!“ erreicht: 152.583 außerbetriebliche Stunden wurden geleistet; 1,5 Mio. Mauersteine

wurden geborgen; 6.330 m<sup>3</sup> Schutt wurden abgefahren sowie 465.177,97 DM wurden an materieller Hilfe geleistet.

### 1959

#### Sandmännchen und Stadtschloss

Erstmalig flimmert am 22. November um 18.55 Uhr über die Bildschirme der DDR das Sandmännchen. Der „Vater des Sandmanns“, Gerhard Behrendt, hatte die Figur im Potsdam-Babelsberger Puppen-Trickfilm-Studio entwickelt. Heute - 2019 - ist das Sandmännchen täglich im RBB (17.55 Uhr), Kika (18.50 Uhr) und MDR (18.55 Uhr) zu sehen. Seit 2017 gibt es die Sendung im Internet mit Gebärdensprache.

Dreizehn Kollegen der Brigade C des VEB Hochbau Potsdam fordern am 16. November in einem Telegramm u.a. an den Präsidenten der DDR, Wilhelm Pieck, an die Akademie der Wissenschaften zu Moskau sowie an die Akademie der Künste zu Paris, den Abbruch des Potsdamer Stadtschlusses zu verhindern.

### 1964

#### Volkskunstschaffen und Vorweihnachtszeit

Die „MV“ teilt am 5. November mit, dass in Potsdam 120 Zirkel des künstlerischen Volksschaffens arbeiten: der Zirkel für Textilgestaltung, der Madri-

galkreis und das „Stephan-Hermlin-Ensemble“ der Pädagogischen Hochschule Potsdam sind die herausragenden Türme. Allein das Konsum-Warenhaus empfängt zum Einkaufssonntag am 29. November (1. Advent) 16.000 Kunden; besonders gefragt sind Textilien, Spielwaren, Lederwaren, Fotoartikel und Bücher; in den Potsdamer Kaufhäusern wird ein Umsatz von nahezu 250.000,- MDN. Max von der Grün, Schriftsteller aus der BRD, besucht am 16. November den Schriftsteller Hans Marchwitza in Potsdam; "Das war eine herzliche, freundschaftliche Begegnung, saßen sich doch zwei Bergarbeiter gegenüber, denen das Leben der Kumpel und der arbeitenden Menschen überhaupt zum schriftstellerischen Anliegen geworden war." (MV, 17. 11. 1964). Erstmalig wird am 14. November von der HO Potsdam-Stadt Tannenreisig auf den Wochenmärkten, in den Spezialblumenverkaufsstellen und an ambulanten Ständen angeboten (Beitrag zum Totensonntag am 29. 11. 1964)

### 1999

#### Deutsch-russischer Jugendrat

Der „Deutsch-russische Jugendrat“ tagt vom 26. bis 30. November in Potsdam. Der seit 1989 bestehende Rat organisiert den Erfahrungsaustausch von Experten auf dem Gebiet der Jugendarbeit.

## Generationswechsel in der Geschäftsführung

Am 1. Dezember endet eine Ära im Rathaus. Fast 30 Jahre lang begleitete Dr. Sigrid Müller die Stadtfraktion der LINKEN als Geschäftsführerin. Nun erreicht sie ihren wohlverdienten Ruhestand. Damit müssen sich nicht nur die Stadtverordneten und viele Mitarbeiter\*innen der Verwaltung umstellen - auch die zahlreichen Bürger\*innen, die sich mit ihren kleinen und großen Anliegen an das Büro der Stadtfraktion im Rathaus wenden, müssen sich auf ein neues Gesicht hinter dem Schreibtisch einstellen. Und das ist zumindest kein gänzlich unbekanntes. Im Rahmen des Ausschreibungsverfahrens setzte sich mit Sascha Krämer ein alter Bekannter durch.

Der 42-jährige Familienvater und Diplom-Politikwissenschaftler gehört der Stadtverordnetenversammlung mit ei-

ner längeren Unterbrechung seit 2014 an. Die vergangenen zwei Jahre verbrachte er mit seinem Sohn und seiner Frau in Südafrika, wo sie für eine deutsche Stiftung arbeitete. Seit Mai 2019 ist Krämer wieder zurück in Potsdam und gewann sein SVV-Mandat im Potsdamer Wahlkreis Mitte. In seiner neuen Funktion hat er sich einiges vorgenommen: "Ich freue mich auf diese Herausforderung. Ich verstehe mich als Dienstleister der Stadtverordnet\*innen sowie als Brücke zwischen den BürgerInnen, der Verwaltung sowie der Fraktion. Ich möchte die Fraktion unterstützen, linke Politik in Potsdam weiter voranzubringen, d.h. die guten Strukturen in der Fraktion weiter zu professionalisieren, Netzwerke auszubauen, Themen aufzuarbeiten und linke Positionen zu entwickeln."



## Potsdam – eine fahrradfreundliche Stadt?!



Der Ruf nach gut ausgebauten, sicheren und nach mehr Fahrradwegen wird immer lauter. Lange Staus, Klimaschäden und ein sich entwickelndes Umweltbewusstsein bewegen immer mehr zu einem Umsteigen auf das Fahrrad.

Im Mai 2017 wurde das Radverkehrskonzept der LHP, nachzulesen unter der DS 17/SVV/0020, von den Stadtverordneten verabschiedet. Es ist eine gute Grundlage für die Sicherung des Erhalts und des Ausbaus vorhandener und die Schaffung neuer Radwege. Neben einer Analyse der Rahmenbedingungen und des Bestandes weist es prioritäre Maßnahmen für bestehende Strecken – 23 Maßnahmen- und Kreuzungen – 8 Maßnahmen - aus.

Nach über 2 Jahren und mit Blick auf die Diskussionen zum Haushalt 2020/21 ist es Zeit für eine Bestandsaufnahme. Auf Anregung von Tina Lange hat die Fraktion für die November-Sitzung der Stadtverordnetenversammlung einen Antrag auf den Weg gebracht, der genau das zum Inhalt hat. Für jede der im Konzept genannten Maßnahme ist darzulegen, wie der Status quo ist, wann sie umgesetzt wird und wie viel das kostet. Im Konzept selbst ist die regelmäßige Überprüfung der Zielerreichung als notwendig bezeichnet, um gegebenenfalls nachsteuern zu können. Das fordern wir nun ein.

Dr. Sigrid Müller

## Mindestlohn durch Lohngleitklausel durchsetzen

Mit dem Brandenburgischen Vergabegesetz hat die bisherige rote Regierungskoalition auch Regelungen für die Sicherung eines Mindestlohnes bei der Vergabe von öffentlichen Aufträgen getroffen, bevor 2015 der gesetzliche Mindestlohn eingeführt worden ist. Nach Festlegung des gesetzlichen Mindestlohnes hat Brandenburg für öffentliche Aufträge höhere Vorgaben gemacht, die seit dem 1. Mai 2019 bei 10,50 Euro liegen. DIE LINKE setzt sich dafür ein, dass dieser Hebel über das Vergabegesetz für die Entwicklung existenzsichernder Mindestlöhne auch künftig eingesetzt wird, um letztlich auch eine Erhöhung des gesetzlichen



Mindestlohnes zu erreichen, die allen Beschäftigten zugutekommt.

Allerdings gibt es bei der Vergabe von

Aufträgen, die über einen längeren Zeitraum laufen, das Problem, dass Erhöhungen des Mindestlohnes, die innerhalb der Vertragslaufzeit erfolgen, vom Auftragnehmer nicht berücksichtigt werden müssen. Für diesen Fall ist eine Lohngleitklausel in den Vertrag einzufügen. Da das in der Landeshauptstadt bisher nicht umgesetzt wurde, fordert die Linksfraktion in der Stadtverordnetenversammlung, dass in den von der Stadt zu vergebenden Aufträgen künftig eine solche Gleitklausel angewendet wird.

Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg

## Abriss des Terrassenhauses an der Nutheschlange Nicht ohne Bürger\*innenbeteiligung

Der von der ProPotsdam verkündete Abriss des Terrassenhauses an der Nutheschlange hat für viel Protest gesorgt. Besonders ehemalige Mieter\*innen und Bewohner\*innen von Zentrum Ost, aber auch der Bund Deutscher Architekten und der Architekt des Bauensembles wehren sich gegen diesen Plan. Der Abriss ist ein einschneidender Eingriff in die Lebenswelt in Zentrum Ost.

Neben der strikten Ablehnung des Abrisses gibt es heftige Kritik an der mangelhaften Kommunikation. Bürger\*innen fühlen sich mit ihren Fragen und Problemen nicht ernst genom-

men.

Der Wegfall von 200 Tiefgaragenstellplätze, offene Fragen zum Lärm- und Emissionsschutz, ungeklärte Fragen der Verkehrsführung, nicht vorhandene Pläne für die Neubebauung, bringen Unruhe.

Auf Drängen unserer Fraktion hat die Verwaltung eine Einwohner\*innenversammlung zugesagt. Diese soll jetzt im Rahmen des Stadtteildialogs des Oberbürgermeisters in Babelsberg eingeordnet werden. Das ist nach unserer Auffassung der Situation nicht angemessen. Daher fordern wir in einem

Antrag für nächste Sitzung der Stadtverordnetenversammlung, dass der Oberbürgermeister für eine angemessene Öffentlichkeitsarbeit zum Bauvorhaben „Ersatz des Terrassenhauses“ zu sorgen hat. Dazu sind vorher die Grundsätze für die Errichtung des Neubaus, die sich u.a. aus den oben genannten Problemlagen ergeben, vorzulegen und zu beraten.

Dr. Sigrid Müller

## „Kenia“ in Brandenburg: Getrieben und planlos

Zur Schuldenaufnahme von einer Milliarde Euro durch Rot-Schwarz-Grün in Brandenburg erklärt der Fraktionsvorsitzende der Partei DIE LINKE Sebastian Walter: „Nach einem Jahrzehnt, in dem in Brandenburg Haushaltskonsolidierung, Stabilisierung der Infrastruktur und Investitionen in Köpfe Hand in Hand gingen, beendet die neue Koalition die Haushaltskonsolidierung.

Das ist ein Offenbarungseid - zunächst gemessen am eigenen Anspruch. Viele Jahre lang ist man für Konsolidierung und Schuldenbremse eingetreten - jetzt, kurz bevor die Schuldenbremse verbindlich wird, tut man das Gegenteil und greift kräftig nach Kreditkasse.

Es ist aber auch ein Offenbarungseid in der Sache. Wer zwei Mrd. Euro in der Rücklage des Haushalts übernimmt, muss die Landeskasse nicht mit einer Milliarde Neuverschuldung belasten. Noch keine Koalition in Brandenburg hat zu ihrem Amtsantritt - bei allen Herausforderungen - eine so günstige Haushaltslage vorgefunden wie die jetzige.

Unabhängig davon wird derzeit be-rechtigt diskutiert, ob in einer Niedrigzins-Phase wie der gegenwärtigen (die nicht über 10 Jahre anhalten muss) und angesichts einer abflauenden Konjunktur nicht zusätzliche, kreditfinanzierte Investitionen dringend angeraten sind. Die Debatte bestätigt unsere Ablehnung der Schuldenbremse als eines viel zu dogmatischen Instruments, das zur Entwicklungsbremse werden wird.

So berechtigt und sinnvoll die Auseinandersetzung um die Schwarze Null ist - sie kann keine Berechtigung für Brandenburgs neue Regierung sein, sich aus den Wirren der eigenen Koalitionsverhandlungen und getrieben vom Ausmaß des digitalen und sonstigen strukturellen Wandels planlos in gigantische Zahlen zu retten. Nicht, wie viel Euro ausgegeben werden, sondern wofür diese verwendet werden, ist die entscheidende Frage.

Die Kenia Koalition verschuldet Brandenburg ohne jeglichen Plan. Es besteht die Gefahr, dass die Landkreise in einen Wettbewerb untereinander gestürzt werden. Es ist aber Aufgabe der Politik, die öffentliche Daseinsvorsorge in allen Teilen des Landes zu sichern.“

## „Der Schoß ist fruchtbar noch...“



Im Konzentrationslager Sachsenhausen waren zwischen 1936 und 1945 mehr als 200.000 Menschen inhaftiert. Zehntausende von ihnen wurden ermordet oder starben auf andere Weise. Einer davon war mein Vater noch in den letzten Tagen vor dem Ende des Krieges. 1942 wurde in Sachsenhausen eine Vernichtungsanlage mit Krematorium, Gaskammern und später eingebauter Gaskammer errichtet. Bei einem Besuch im KZ Sachsenhausen leugnete im vergangenen Jahr ein Gast von AfD-Fraktionschefin Alice Weidel die Existenz von Gaskammern. Die Gruppe um Frau Weidel wurde der Gedenkstätte verwiesen. „Wir haben eine ruhmreiche Geschichte ... Aber, liebe Freunde, Hitler und die Nazis sind nur ein Vogelschiss in über tausend Jahre erfolgreicher deutscher Geschichte“, so steigerte sich Ko-Fraktionschef der AfD im Bundestag, Alexander Gauland. „Wir Deutschen sind das einzige Volk der Welt, das sich ein Denkmal der Schande in das Herz seiner Hauptstadt gepflanzt hat“, so kennzeichnet schließlich AfD-Flügel-Mann Björn Höcke das Holocaustdenkmal in Berlin. Alles das sind nur einige wenige Zitate bzw. Ereignisse von und rund um die AfD-Spitze. die ohne weiteres unter der Überschrift „geistiges Brandstiftertum“ zusammen zu fassen sind, meine ich.

### Halle - in Tradition des Faschismus

Der höchste jüdische Feiertag ist der Versöhnungstag Yom Kippur, der Tag des göttlichen Gerichts, der Buße und Umkehr (Lev. 23, 27-32), an dem die Verfehlungen des einzelnen Menschen gesühnt werden. Der Tag beendet eine zehntägige Buß- und Reuezeit. Der Yom Kippur ist ein Tag, um über die eigenen Verfehlungen und Vergehen nachzudenken. Gläubige Juden beten an diesem Tag um Vergebung der Sünden zwischen Menschen und Gott und bereuen fehlerhaftes Handeln und Vergehen im zwischenmenschlichen Bereich. Lange Bittgottesdienste und ein 25-stündiges Fasten prägen diesen Tag. So auch in diesem Jahr am 9. Oktober in der Synagoge in Halle. Und gerade an diesem Tag versuchte ein schwerbewaffneter „mutmaßlicher“ Rechtsextremist in diese Synagoge einzudringen. Nachdem der Versuch scheiterte, „soll er“ vor der Synagoge und in einem Döner-Imbiss zwei Menschen erschossen haben. Wozu ja in der Zwischenzeit das Geständnis des Täters vorliegt. Fazit: Jede einzelne Auslöschung menschlichen Lebens ist das maximal Schlechte, und doch ist ein Angriff auf Betende eine spezielle Kategorie – und der Angriff auf Juden in Deutschland noch einmal eine ganz eigene. Wer Juden in Deutschland angreift, der setzt sich be-

wusst und aktiv in die unmittelbare Tradition des abscheulichen Verbrechen des Naziregimes.

### Gegen Parolen von rechts

„Der Schoß ist fruchtbar noch, aus dem das kroch“, warnte Bertolt Brecht in seinem „Arturo Ui“ vor faschistischen Nachfolgern. Sie sind wieder da, werden gewählt und dürfen agieren. Die Polizei in Berlin und Brandenburg verstärkte ihre Präsenz vor jüdischen Einrichtungen. Jüdische Gemeinden gibt es in Berlin, Brandenburg/Havel, Cottbus, Frankfurt (Oder), Königs Wusterhausen, Potsdam, im Kreis Barnim und im Kreis Oberhavel.

Vizekanzler Olaf Scholz (SPD) sieht eine politische Mitverantwortung der AfD für den antisemitischen Anschlag von Halle. „Die AfD kann ihre Verantwortung in dieser Frage nicht verleugnen“, sagte der Finanzminister den Zeitungen der Funke Mediengruppe auf die Frage, ob die geistigen Brandstifter von Halle auch bei der AfD zu suchen seien. Die rassistisch motivierte Tat sei „in einem Milieu entstanden, das nicht nur im Netz, sondern auch in Landtagen und im Bundestag Parolen von rechts ruft“, erklärte Scholz. „Die AfD sollte nicht so tun, als hätte sie mit alledem nichts zu tun.“

### Brandenburger LINKE sprechen von „feigem Anschlag“

Die Landesvorsitzende der LINKEN in Brandenburg, Anja Mayer, und Landesvorstandsmitglied Andreas Büttner teilten mit: „Mit Entsetzen und Fassungslosigkeit haben wir von dem feigen Anschlag am Yom Kippur in Halle erfahren. Wir drücken den Angehörigen und der jüdischen Gemeinde unser tiefes Mitgefühl aus.“ „Aus Worten werden Taten und wieder sterben Menschen“, fügte Mayer an. Büttner erklärte, Halle sei überall. „Es ist jetzt erforderlich, dass auch in Brandenburg die Sicherheitsmaßnahmen für jüdische Einrichtungen überprüft und erhöht werden.“ Er erwarte eine umfassende Neubewertung des Sicherheitskonzeptes. B.M.

## Potsdam übernimmt Koordination der „Städte Sicherer Häfen“

In der ersten Oktoberwoche trafen sich Vertreter von 26 deutschen Städten des Bündnisses „Städte Sicherer Häfen“ in Rottenburg am Neckar zu einem ersten Arbeitstreffen. Das Bündnis, dem mittlerweile 100 Städte und Gemeinden beigetreten sind und welches im Frühjahr in Potsdam gegründet wurde, wird zukünftig durch die Stadt Potsdam mit ihrem Bereich „Partizipation und Tolerautes Potsdam“ koordiniert. Darauf haben sich die Bündnismitglieder geeinigt. OB Mike Schubert: „Die Landes-

hauptstadt Potsdam übernimmt sehr gern die Koordination des Bündnisses. Wir, die Städte und Gemeinden Sichere Häfen, werden unsere Kräfte weiter bündeln, damit das Sterben im Mittelmeer endet und die aus Seenot geretteten Menschen bei uns aufgenommen werden. Dass die Rettungsschiffe mit den aus Seenot geretteten Menschen teils wochenlang nicht in europäischen Häfen anlegen dürfen und ihnen das Recht auf ein geordnetes Asylverfahren verweigert wird, ist unmenschlich.“



## Lebensmittelvergeudung stoppen Potsdamer LINKE will Zeichen setzen



Die Tafel Potsdam bewahren wertvolle Lebensmittel vor der Vernichtung. 40 Tonnen monatlich für über 1200 Bedürftige - Woche für Woche. Fotos: potsdamer-tafel.de.

Das Bundeszentrum für Ernährung (BZfE) in Bonn berichtete darüber, dass 11 Millionen Tonnen Lebensmittel in jedem Jahr in Deutschland im Hausmüll landen. Hierbei werden die Lebensmittel berücksichtigt, die bei der Verarbeitung, den Großverbrauchern, im Handel und in den Privathaushalten anfallen. Dies ist zuerst ein logistisches Problem, diese Mengen von Abfällen zu deponieren oder zu verbrennen. Dann ist es ein ethisches Problem in einer Welt, in der noch immer ein Großteil der Weltbevölkerung an Hunger leidet. Das größte Problem ist aber die nachhaltige und unumkehrbare Zerstörung unserer landwirtschaftlichen Nutzflächen durch die auf Gewinnmaximierung ausgerichtete industrielle Landwirtschaft. Schon heute sind die Trinkwasserreserven in einigen Bundesländern (Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen) mit hohen Nitratwerten aus der Massentierhaltung belastet, Pestizide wie Glyphosat finden zunehmend Eingang in unser Brot, durch die

Herstellung und Verarbeitung von kontaminiertem Mehl. Alle Sorten von Obst und Gemüse werden ganzjährig in beliebigen Mengen in unseren Discountern vorgehalten. Um dies zu ermöglichen werden Regenwälder zerstört um größere Plantagen anzulegen und Süßwasserreserven für Plantagenbewässerung in Wüstengebieten aufgebraucht (Spanien, Marokko, Israel). Wir entziehen tausende Hektar Land dem Naturkreislauf, um sie mit Folien-schichten abzudecken, damit bereits im März der erste Spargel geerntet werden kann. Daher haben die Vereinten Nationen das Ziel formuliert, die Lebensmittelverschwendung bis zum Jahr 2030 zu halbieren. Diesem Ziel verpflichtet sich auch Deutschland und erarbeitet eine gemeinsame Strategie von Bund und Ländern, in die alle Akteure der Lebensmittelwertschöpfungskette mit eingebunden werden sollen. Denn die drastische Reduzierung der Lebensmittelverschwendung kann nur erreicht werden, wenn alle Betei-

ligten mit Lösungsansätzen und eigenen Zielvereinbarungen dazu beitragen. Unsere Fraktion in der Stadtverordnetenversammlung hat daher den Antrag eingebracht: „unter Einbeziehung zuständiger Einrichtungen, vor allem der DEHOGA, von Gastronomievertreter\*innen, Lebensmitteläden sowie Lebensmittel-Ausgabestellen, wie zum Beispiel der Potsdamer Tafel und den zuständigen sozialen Trägern, Wege aufzeichnen, wie der Verschwendung von Lebensmitteln Einhalt geboten werden kann.“ Dabei ist es für uns wichtig, den sozialen Aspekt zu berücksichtigen und nicht, wie es z.B. die Grünen seit Jahren favorisieren, einzig und allein durch Verteuerung und Verknappung von Lebensmittel zu einer Regulierung zu kommen. Wir wollen unsere regionalen Kreisläufe stärken und vorrangig regionale Produkte unterstützen. Nur wenn es gelingt den Großhandel als „Multikonzern“ zurück zu drängen wird es gelingen, dem Landwirt entsprechende Erzeugerpreise zu bezahlen, ohne den Endverbraucher mit utopischen Verbraucherpreisen ökonomisch zu sanktionieren. Weiterhin wenden wir uns dagegen, dass das umfangreiche Wegwerfen essbarer Lebensmittel aus Profitgründen erlaubt ist, dass Retten genießbarer Lebensmittel, das sogenannte Containern, aber weiterhin unter Strafe steht. Wir stehen immer noch am Anfang einer einzuleitenden, dringend notwendigen Entwicklung hin zu regionalen Erzeuger- und Vermarktungskreisen, die ökologische und soziale Aspekte gleichermaßen berücksichtigt.

Dr. Anja Günther,  
Mitglied der SVV Fraktion DIE LINKE

## Hausbesetzung in der Feuerbachstraße

Am Nachmittag des 19. Oktober 2019 besetzten mehrere Aktivist\*innen die Feuerbachstraße 36. Gut 50 Sympathisanten hatten sich zur Unterstützung eingefunden. So auch der Bundestagsabgeordnete der LINKEN, Norbert Müller, und die Landtagsabgeordnete der LINKEN, Isabelle Vandre. Das Haus steht schon seit geraumer Zeit leer. Nach Angaben der Besetzer gehört es einer Erbgemeinschaft aus den alten Bundesländern, „die ihren Besitz ganz anscheinend vergessen haben“. Die Hausbesetzer\*innen legten in einem Schreiben ihre Motive dar: „Die Rettung und Wiederbelebung leer stehender Häuser durch Instandbesetzung hat in Potsdam tatsächlich eine lange Tradition, man könnte sogar von einer schützenswerten

Kultur sprechen.“ Auch wenn die Potsdamer Innenstadt heute einen ganz anderen Eindruck vermittelt, befanden sich gerade hier viele der besetzten Häuser, für die Potsdam in den 1990er eine gewisse Bekanntheit erlangt hat. Ein ganz neues Phänomen war das Schwarzwohnen jedoch nicht, reichen die Vorläufer doch bis in die 1970er Jahre zurück. Angesichts der Wohnungsnot war der Bezug leerstehender Wohnungen und Häuser ein geeignetes Mittel, um die staatlich gelenkte Wohnungspolitik zu umgehen – und letztlich die Altbauten zu erhalten. Zudem entstand so der Nährboden für subkulturelle Bewegungen und Projekte, von denen einige noch heute die soziokulturelle Infrastruktur Potsdams prägen.

Im oben genannten Schreiben hatten die Besetzer\*innen weiter erklärt: „Wir bleiben dabei: Gegen den weiteren Ausverkauf der Stadt! Sofortiger Stopp der Privatisierung öffentlichen Eigentums!“ Isabelle Vandre betonte: „Die Aktion der Hausbesetzer\*innen hat erneut den drängenden Handlungsbedarf in der Wohnraumpolitik Potsdams sichtbar gemacht. Mit den von ihnen unterbreiteten Ideen das Gebäude für gemeinschaftliches Wohnen, als sozialen Treffpunkt, Kinderladen, für Vereine zu nutzen, statt es dem Zerfall zu überlassen, bieten sie einen solidarischen Gegenentwurf zu konsumorientierten Räumen. Wir brauchen mehr dieser Räume – auf ihre Unterstützung muss die Stadtpolitik endlich ausgerichtet werden!“

## Namen berühmter Frauen

Um die Potsdamer Mitte wurden in den letzten Jahren heftige politische und verbale Schlächten geführt. Der Abriss der FH war der letzte Akt dessen. Nun entsteht ein neues Quartier, gleich neben dem Alten Markt mit seinen historischen Gebäuden und dem Landtag, dem demokratischen Zentrum des Landes Brandenburg. Dieses Quartier soll sich mit Leben füllen und eine eigene Identifikation entwickeln. Dazu bedarf es auch Namen. Straßennamen sind Teil unserer persönlichen Adresse. Wir haben täglich damit zu tun. Deshalb kann über Straßennamen bewusstseinsbildend gewirkt werden.

Potsdam ist mehr als seine historischen Bauten, Schlösser und Parks. Potsdam ist die Vielzahl seiner EinwohnerInnen, die auf unterschiedliche Weise die Stadt geprägt haben. Da in den letzten Jahrzehnten die Frauen in den Straßenbenennung "etwas" übergangen wurden, ist es sinnvoll, wenn wir verstärkt Frauen (nicht nur) über Straßenbenennungen aus dem Dunkel heben und ins politische und gesellschaftliche Bewusstsein der Stadt rücken und nicht an den Rand (der Stadt) sondern in der Mitte. Dort gehören sie hin. Und nun liegt es an uns, diese Namen mit Leben zu füllen.

Wie auch in der Öffentlichkeit bekannt hatte der Kulturausschuss zuletzt mit breiter Mehrheit entschieden, dass die neu entstehenden Teile der Schloss-, der Schwertfeger- und der Kaiserstraße jetzt Anna-Zielenziger-, Erika-Wolf- und Anna-Flügge-Straße heißen sollen – ein Vorschlag aus der Initiativgruppe „Frauenwahllokal“, die gerade an 100 Jahre Frauenwahlrecht erinnert. Die drei Frauennamen, mit denen neue Straßen auf altem Grundriss benannt werden sollen, bieten die Möglichkeit, dass die Gräben, die bei der Debatte um den Umgang mit Geschichte entstanden sind, geschlossen werden können.

Sascha Krämer,  
SVV Fraktion DIE LINKE,  
Mitglied im Kulturausschuss

# Abschied aus dem Arbeitsleben nach 46 Jahren

Den Abschied- nach 25 Jahren als Abgeordnete der PDS/DIE LINKE im Landtag Brandenburg – darunter von 2009 bis 2014 als Ministerin für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz – aus dem Berufsleben, das seit seinem Beginn 1973 immer in Potsdam seinen Ort gehabt hat, habe ich am 30. September gemeinsam mit Freunden, guten Bekannten, GenossInnen und meiner Familie im Künstler- und Kreativhaus Rechenzentrum gefeiert.

Herzlichen Dank an alle, die zur Feier kamen oder mir geschrieben haben. Der Abschied ist auch ein Aufbruch für neue Verabredungen und Vorhaben. Es wird eine spannende, aber vor allem selbstbestimmte Zeit. Ich freue mich darauf...

Beste Grüße

Anita Tack Ministerin a.D



## „Mit dem Sandmann auf Zeitreise“

Ausstellung und Begleitprogramm im Filmmuseum Potsdam zum 60. Jubiläum

In Zusammenarbeit mit dem Rundfunk Berlin-Brandenburg/Laufzeit: 11.11.2019 – 30.12.2020

Der Sandmann war Publikumsliebling in der DDR und ist es heute bundesweit. Dreißig Jahre lang wurde „Unser Sandmännchen“ aus dem Fernsehzentrum in Berlin-Adlershof in ost- und auch westdeutsche Wohnzimmer gesendet. Im Zuge der deutsch-deutschen Wiedervereinigung setzte sich eine riesige ostdeutsche Fangemeinde in einem Akt seltener Entschlossenheit für den Erhalt der Sendung ein, mit deren Identitätsstiftender Kraft niemand gerechnet hatte. Am 22. November 2019 wird „Unser Sandmännchen“ 60 Jahre alt. Zum 60. Jubiläum des beliebten Traumbringers laden der Rundfunk Berlin-Brandenburg und das Film-



museum Potsdam zu einer neuen Familienausstellung in den Marstall ein. Für Erwachsene bedeutet „Zeitreise“ zudem eine kleine Rückschau auf die DDR, die sich in den beliebten Sandmann-Rahmengeschichten in

ihrem besten Licht spiegelt. Mit Hingabe hat die erste Generation der Sandmann-Macher die Welt der Erwachsenen, ihre eigene Welt, in die abendlichen Sendungen geholt und für Kinder wiedererkennbar gemacht.

Stadt und Land, Heimat und ferne Länder, Handwerk, technischer Fortschritt, aber auch politische und gesellschaftliche Ereignisse umrahmen die täglichen Sandmannbesuche thematisch, erdacht und ausgeführt mit Fantasie und akribischer Sorgfalt. Dank gilt dem Rundfunk Berlin-Brandenburg, der Ostdeutschen Sparkassenstiftung gemeinsam mit der Mittelbrandenburgischen Sparkasse, der Landeshauptstadt Potsdam und dem Ministerium für Wirtschaft und Energie im Land Brandenburg, den Potsdamer Bahnhofspassagen, dem Hotel Mercure und der Firma Trötsch Verlag für die großartige Zusammenarbeit und Unterstützung.

**tipps & termine • tipps & termine • tipps & termine • tipps & termine • tipps & termine • tipps & termine •**

## Ist Pflege noch bezahlbar?

Zum Pflegefall werden, eine schockierende Eröffnung für den davon betroffenen aber auch für dessen Angehörige. Allzu viele Probleme kommen auf die Betroffenen zu, müssen gelöst werden. Das beginnt mit dem Wie und Wo, endet nicht mit der Frage, ob die Rente und das Pflegegeld der Versicherung reicht. Was geschieht, wenn das Ersparnis aufgebraucht ist? Wenn Hilfe nötig wird, woher kommt Unterstützung, von der

Kommune, dem Land oder Bund? Können soziale Vereinigungen oder Einrichtungen Nothelfer sein. Was sagt die Politik, setzt sie sich für notwendige Änderungen ein? Um Antworten auf derartig brennende Fragen zu bekommen hat die Arbeitsgemeinschaft Senioren bei der DIE LINKE, Sachverständige aus der Stadtverwaltung, dem Pflegestützpunkt, Sozialverbänden, eine ehemalige Ministerin aus der Partei DIE

LINKE, aus einem Seniorenheim und von Potsdam Claire eingeladen um ihre Fragen zu beantworten und um sich für Durchsetzung ihrer Forderungen stark zu machen.

Ob Sie betroffen sind oder nicht, wir begrüßen Sie am **14.11.19 um 15:00 Uhr** in der **Begegnungsstätte der Volkssolidarität „Havelterrasse“**, Auf dem Kiewitt 37.

Aber auch nicht den **26. November** vergessen! Im **Lothar-Bisky-Haus**, Alleeestr. 3 lesen um **15:00 Uhr** Zeitzeugen, „Geschichten in der warmen Stube zu lauschen“ erlebt in der Vorweihnachts- und Winterzeit

AG Senioren